

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

29. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. Juli 1976	Nummer 75
--------------	---	-----------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20051	23. 6. 1976	RdErl. d. Innenministers Innere Organisation der Behörden der Regierungspräsidenten; Organisationsplan und Mustergeschäftsverteilungplan.	1406

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Hinweise	Seite
Nr. 35 v. 15. 7. 1976	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	1455
Nr. 14 v. 15. 7. 1976	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	1455
Nr. 7 v. 15. 7. 1976	Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen	1456

I.

20051

**Innere Organisation
der Behörden des Regierungspräsidenten
Organisationsplan und Mustergeschäftsverteilungsplan**

RdErl. d. Innenministers vom 23. 6. 1976 -
II C 3/15 - 33

1. Die letzte generelle Änderung des Mustergeschäftsverteilungsplans für die Behörden der Regierungspräsidenten ist durch RdErl. v. 22. 8. 1974 (SMBl. NW. 20051) vorgenommen worden. Zwischenzeitlich sind lediglich Teilbereiche aus der Abteilung 4 durch RdErl. v. 5. 2. 1975 (SMBl. NW. 20051) und die Abteilung 6 durch RdErl. v. 24. 11. 1975 (SMBl. NW. 20051) neu gefaßt worden. Nunmehr hat es sich als notwendig erwiesen, den gesamten Mustergeschäftsverteilungsplan zu überarbeiten und dem neuesten Stand anzupassen.
2. Die vorliegende Neufassung ist mit allen fachlich zuständigen Ministerien abgestimmt worden. Sie tritt am 1. 7. 1976 in Kraft.

In dem Geschäftsverteilungsplan sind die einzelnen Sachgebiete so genau aufzugliedern, daß der Tätigkeitsbereich jeder Dienstkraft (Dezernenten, Sachbearbeiter, weitere Mitarbeiter) zweifelsfrei ersichtlich ist. Dabei dürfen entsprechend der bisherigen Regelung auch künftig die in dem Mustergeschäftsverteilungsplan aufgeführten Sachgebiete in ihrer Bezeichnung (Wortlaut oder Reihenfolge) weder geändert noch ergänzt werden.
3. Sollten sich im Laufe der Zeit Änderungen als zweckmäßig erweisen, so bitte ich um entsprechende Vorschläge. Da der Mustergeschäftsverteilungsplan nach wie vor nur von mir geändert und ergänzt wird, können Änderungen in die Geschäftsverteilungspläne erst aufgenommen werden, wenn sie im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht worden sind.
4. Meine RdErl. v. 22. 8. 1974, v. 5. 2. 1975 und v. 24. 11. 1975 (SMBl. NW. 20051) werden mit Wirkung vom 1. 7. 1976 aufgehoben.

Organisationsplan

Regierungspräsident

Regierungsvizepräsident

Abteilung 1	Abteilung 2	Abteilung 3	Abteilung 4	Abteilung 5	Abteilung 6
11 Organisations- und Personalangelegenheiten	21 Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten	31 Kommunal- und Sparkassenaufsicht	41 Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen - Primar- und Sekundarstufe I	51 Landschaft, Fischerei	61 Geschäftsstelle und Erarbeitungsverfahren
12 Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten	22 Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz	32 Gemeindeprüfungsamt	42 Berufsbildende Schulen, Kollegschulen-Sekundarstufe II, Gesamtschulen	52 Gewerbliche Wirtschaft	62 Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur
13 Regierungshauptkasse	23 Gewerbeaufsicht	33 Landesvermessung und Liegenschaftskataster	44.I Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer	53 Verkehr	63 Siedlungsstruktur
14 Rechnungsprüfung (Rechnungssamt), Kassenangelegenheiten	24 Gesundheit	34 Staatshochbau	44.II Schulverwaltung, Kirchensachen	54 Wasser, Abfallwirtschaft	64 Naturraum
15 Justizariat, Verteilungslasten	25 Polizei	35 Bauaufsicht, Städtebau	45 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereins-sport	55 Vertriebenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltsicherung, Kriegsgefangenenentschädigung	65 Bandinfrastruktur
	26 Veterinärangelegenheiten	36 Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten		56 Nur Köln: Wiedergutmachung	66 Nur Köln: Braunkohle
	27 Enteignung, Liegenschaften			57 Nur Münster: Lastenausgleich	

Mustergeschäftsverteilungsplan für die Behörden der Regierungspräsidenten

Inhaltsverzeichnis

Kennzeichen	Bezeichnung des Dezernates	Seite
Abteilung 1		
11	Organisations- und Personalangelegenheiten	1410
12	Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten	1411
13	Regierungshauptkasse	1412
14	Rechnungsprüfung (Rechnungsamt), Kassenangelegenheiten.	1413
15	Justitiariat, Verteidigungslasten	1414
Abteilung 2		
21	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten	1415
22	Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz.	1417
23	Gewerbeaufsicht	1419
24	Gesundheit	1420
25	Polizei	1422
26	Veterinärangelegenheiten	1423
27	Enteignung, Liegenschaften	1424
Abteilung 3		
31	Kommunal- und Sparkassenaufsicht	1425
32	Gemeindeprüfungsamt	1426
33	Landesvermessung und Liegenschaftskataster	1427
34	Staatshochbau	1428
35	Bauaufsicht, Städtebau	1429
36	Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten	1431
Abteilung 4		
41	Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen – Primar- und Sekundarstufe I – (innere Schulangelegenheiten)	1432
42	Berufsbildende Schulen, Kollegschulen – Sekundarstufe II –, Gesamtschulen (innere Schulangelegenheiten)	1434
44.I	Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer	1436
44.II	Schulverwaltung (äußere Schulangelegenheiten); Kirchensachen	1437
45	Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereinssport	1438

Kennzeichen	Bezeichnung des Dezernates	Seite
Abteilung 5		
51	Landschaft, Fischerei	1439
52	Gewerbliche Wirtschaft	1440
53	Verkehr	1442
54	Wasser, Abfallwirtschaft	1443
55	Vertriebenenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltssicherung, Kriegsgefangenenentschädigung	1445
Nur Köln:		
56	Wiedergutmachung	1447
Nur Münster:		
57	Lastenausgleich	1448
Abteilung 6		
61	Geschäftsstelle und Erarbeitungsverfahren	1449
62	Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur	1450
63	Siedlungsstruktur	1451
64	Naturraum	1452
65	Bandinfrastruktur	1453
Nur Köln:		
66	Braunkohle	1454

Dezernat 11 – Organisations- und Personalangelegenheiten

- 1 Organisation
 - 1.1 Geschäftsverteilung
 - 1.2 Geschäftsablauf, Geschäftsordnungen
 - 1.3 Organisations- und Arbeitsplatzüberprüfungen
 - 2 Stellenpläne
 - 3 Personalangelegenheiten
 - 3.1 Beamte
 - 3.2 Angestellte, Arbeiter
 - 4 Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Berufsorganisationen
 - 5 Aus- und Fortbildung
 - 6 Untersuchungsverfahren in Disziplinarsachen
 - 7 Öffentlichkeitsarbeit

Nur Düsseldorf:
 - 8 Karteistelle des Landes NW (G 131)

Nur Düsseldorf:
 - 9 Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Verwaltungsangestellter, soweit nicht Dezernat 31 zuständig

Nur Köln:
 - 10 Vormerkstelle des Landes NW nach dem Soldatenversorgungsgesetz
-

Anmerkungen zu 11:**Zu Nr. 1 bis 7:**

Für die Behörde des Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Dezernaten, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung (Dezernat 25 für Schutz- und Kriminalpolizei und Dezernat 44.I für Lehrpersonal) getroffen ist.

Liegt bei anderen Dezernaten eine Sonderregelung vor, so ist bei Fragen von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung des Dezernat 11 zu beteiligen.

Noch zu Nr. 1–7:

Hierzu gehört auch die federführende Aufsicht des Dezernats 11 in Detmold über das Staatsbad Oeynhausen.

Zu Nr. 3:

Hierzu gehören:

Ein- und Anstellung, Ernennung, Eingruppierung, Einreihung in die Lohngruppen, Festsetzung des BDA, Dienstaufwandsentschädigung, Festsetzung der Vergütung der Angestellten und des Lohnes der Arbeiter, Abordnung und Versetzung, Entlassung, Versetzung in den Ruhestand, Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten, Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben, Urlaub, Krankheit, Dienstupfälle, sonstige beamten- und tarifrechtliche Angelegenheiten z. B. Nebentätigkeit, Aussagegenehmigung, Schadenshaftung, Durchführung des G 131 (Abwicklung) und des Schwerbehindertengesetzes, Angelegenheiten nach dem BWGöD, Unabkömmlichstellung der für die zivile Verteidigung eingesetzten Dienstkräfte vom Wehrdienst und Zivildienst, Federführung bei den personellen Angelegenheiten der Mitglieder des Behördenselbstschutzes.

Zu Nr. 6:

Die hierfür eingesetzte Dienstkraft soll grundsätzlich diese Aufgabe auch im Dezernat 31 wahrnehmen (vgl. Dezernat 31, Anmerkung zu Nr. 3).

Dezernat 12 – Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten

- 1 Beauftragter für den Haushalt
 - 1.1 Aufstellung und Prüfung der Haushaltsvoranschläge und der Unterlagen für die Finanzplanung
 - 1.2 Verteilung der Haushaltsmittel
 - 1.3 Überwachung der Hebung aller Verwaltungseinnahmen und der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel
 - 1.4 Betriebsmittel der Regierungshauptkasse und der angeschlossenen Amtskassen
 - 1.5 Mitwirkung bei allen Maßnahmen und Entscheidungen von finanzieller Bedeutung
 - 1.6 Zusammenstellung der Beiträge zur Haushaltsrechnung
 - 1.7 Mitwirkung bei der Erledigung und Beantwortung von Vorprüfungsmitteilungen des Rechnungsamtes sowie Prüfungsmitteilungen des Landes- und des Bundesrechnungshofs
 - 1.8 Mitwirkung bei der Aufstellung der Nachweisung über Forderungen des Landes – insbesondere aus Darlehen –, der Vermögensübersichten des Landes über bewegliche Sachen sowie des Landesgrundbesitzverzeichnisses
 - 2 Hausverwaltung, innerer Dienst
 - 2.1 Beschaffungsangelegenheiten, Materialverwaltung
 - 2.2 Dienstgrundstücke und Diensträume, Dienstwohnungen, Landesmietwohnungen
 - 2.3 Post- und Fernmeldeangelegenheiten
 - 2.4 Regierungsamtsblatt
 - 2.5 Hilfsdienste
 - 2.6 Kantinenangelegenheiten
 - 3 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Dienstkräfte
 - 3.1 Beihilfen, Vorschüsse, Unterstützungen
 - 3.2 Dienstreisen, Reisekosten, Dienstkraftwagen, beamteneigene und anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge, Trennungsschädigung, Umzugskosten, Verpflegungszuschuß
 - 3.3 Dispositionsfonds
-

Anmerkungen zu 12:**Zu Nr. 1.1, 1.2, 1.4 und 1.6:**

Für die Behörde des Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes in Zusammenarbeit mit dem fachlich zuständigen Dezernaten, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist.

Soweit die Fachdezernate (z. B. 25,44.II) durch Sonderregelung zuständig sind, wirkt der Beauftragte für den Haushalt bei der Aufstellung der Haushaltsvoranschläge, der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel, der Anforderung von Betriebsmitteln und der Zusammenstellung der Beiträge zur Haushaltsrechnung durch Mitzeichnung mit.

Zu Nr. 1.3:

Hierzu gehören die Kontrolle der Anschreibungs- und Haushaltsüberwachungslisten, der Nachweisungen über die verteilten Ausgabemittel, der Planstellenüberwachungs- und Planstellenbesetzungslisten, Abwicklung der Vorschüsse und Verwahrungen, Bewilligung von Handvorschüssen sowie die Erfassung der strukturwirksamen Zweckzuwendungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung.

Zu Nr. 1.7:

Der Beauftragte für den Haushalt hat hierbei vor allem die Stellungnahmen mehrerer sachlich beteiligter Dezernate zu Prüfungsmitteilungen des Landes- oder des Bundesrechnungshofs zusammenzufassen.

Zu Nr. 2.1 bis 2.3 und 3:

Für die Behörde des Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist. Hierzu gehört auch die sächliche Ausstattung für den Behördenselbstschutz.

Zu Nr. 2.5:

Hierzu gehören: Kanzlei und Vervielfältigung, Bücherei, Postein- und -ausgang, Altablage (einschließlich Mikrofilmstelle), Botendienst, Fernsprechdienst, Kraftfahrer, Hausarbeiter, Pförtner und Reinigungsdienst.

Dezernat 13 – Regierungshauptkasse

- 1 Oberkassengeschäfte für die nachgeordneten Kassen der Kreise und kreisfreien Städte
 - 1.1 Geldversorgung
 - 1.2 Übernahme der Abrechnungsergebnisse
 - 1.3 Abrechnung mit der Landeshauptkasse
 - 2 Amtskassengeschäfte für die Behörde des Regierungspräsidenten sowie Amtskassengeschäfte für andere Stellen innerhalb und außerhalb der Landesverwaltung, soweit der Regierungshauptkasse diese Kassengeschäfte vom Fachminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister übertragen sind
 - 2.1 Zahlungsverkehr
 - 2.2 Geldverwaltung
 - 2.3 Buchführung
 - 2.4 Einziehung von Geldforderungen
 - 2.5 Rechnungslegung
 - 3 Verwaltung von Wertgegenständen
-

Anmerkung zu 13:

Zugleich Vollstreckungsbehörde nach § 2 Verwaltungsvollstreckungsgesetz

Dezernat 14 – Rechnungsprüfung (Rechnungsamt), Kassenangelegenheiten

1 Rechnungsprüfung (Rechnungsamt)

1.1 Allgemeine Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

1.2 Vorprüfung nach § 100 LHO für das Land bzw. nach § 100 BHO für den Bund

Nur Detmold:

und für den Landesverband Lippe

Nur Düsseldorf:

und für die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen

1.3 Wahrnehmung der vom Landesrechnungshof nach § 100 LHO übertragenen Prüfungsaufgaben

1.4 Mitwirkung bei der Erledigung von Prüfungsmitteilungen des Landes- und des Bundesrechnungshofes

1.5 Mitwirkung bei Geschäftsprüfungen der Verwaltung

1.6 Beteiligung bei organisatorischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen von Bedeutung

1.7 Mitwirkung bei Kassenprüfungen

2 Kassenangelegenheiten

2.1 Grundsätzliche Angelegenheiten

2.2 Kassenaufsicht

2.3 Mitwirkung bei der Errichtung, Verlegung sowie Auflösung von Kassen und Zahlstellen

2.4 Fehlbeträge, Falschgeldangelegenheiten

2.5 Mitwirkung bei der Aussonderung und Vernichtung von Kassenrechnungen, Kassenbüchern und Belegen

2.6 Kassenprüfung bei Kassen und Zahlstellen auf Grund besonderer Regelung oder Anweisung

2.7 Überwachung der Handvorschüsse nach den Handvorschußrichtlinien

Dezernat 15 – Justizariat, Verteidigungslasten

- 1 Allgemeine Rechtsangelegenheiten
 - 1.1 Mitwirkung bei Abschluß von Verträgen und bei der Übernahme von Verbindlichkeiten für den Fiskus
 - 1.2 Rechtsstreitigkeiten vor den Zivilgerichten mit Ausnahme der Verfahren in Wiedergutmachungsangelegenheiten
 - 1.3 Mitwirkung bei der außergerichtlichen Regelung von Schadensersatzansprüchen
 - 1.4 Mitwirkung bei der Untersuchung und Anerkennung von Dienstunfällen
 - 1.5 Gerichts- und ähnliche Kosten
 - 1.6 Rechtsberatung der Dezernate in sonstigen zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten
 - 2 Besondere Rechtsangelegenheiten
 - 2.1 Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts
 - 2.2 Vereine mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung (Verleihung und Aufsicht)
 - 2.3 Entziehung der Rechtsfähigkeit eines Vereins
 - 2.4 Vermögensrechtliche Angelegenheiten aufgelöster Vereinigungen
 - 2.5 Nachlaßsachen des Fiskus, Aneignung herrenloser Grundstücke
 - 3 Verteidigungslasten
 - 3.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 3.2 Entschädigungen
 - 3.21 aus Vereinbarungen über Manöver- und Übungsschäden
 - 3.22 für Beschränkungen in Schutzbereichen bei fortdauernden Requisitionen
 - 3.23 aus Personen- und Sachschäden, aus Verkehrsunfällen und sonstigen Unrechthandlungen
 - 3.3 Mitwirkung der Verteidigungslastenverwaltung in Verfahren der Anforderungsbehörden, soweit es sich um die Angelegenheiten der Stationierungstreitkräfte handelt
 - 3.4 Angelegenheiten der Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften
 - 4 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz
 - 5 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Architektengesetz
-

Anmerkungen zu 15:**Zu Nr. 1.4:**

Dienstunfälle werden in den Dezernaten bearbeitet, die für die Personalangelegenheiten der betroffenen Dienstkräfte zuständig sind.

Zu Nr. 1.6:

Die Beratung bezieht sich auch auf die Behandlung grundbuchrechtlicher Angelegenheiten.

Zu Nr. 2.2:

Die Angelegenheiten der privaten Versicherungsvereine werden im Dezernat 52 bearbeitet.

Zu Nr. 3:

Finanzielle Angelegenheiten der Stationierungstreitkräfte.

Zu Nr. 3.21:

Bei gemeinsamen Manövern auch Bundeswehr.

Zu Nr. 3.23:

Hierzu gehören auch die Belegungsschäden.

Dezernat 21 – Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten

- 1 Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Gefahrenabwehr), soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist. Hierzu gehören insbesondere
 - 1.1 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 1.2 Ausländerangelegenheiten
 - 1.3 Paß- und Personalausweisangelegenheiten
 - 1.4 Meldewesen
 - 1.5 Führungszeugnisse (Bundeszentralregistergesetz)
 - 1.6 Obdachlosenangelegenheiten
 - 1.7 Sammlungen, Lotterien und Ausspielungen
 - 1.8 Glücks- und Geschicklichkeitsspiele, Buchmacher- und Totalisatorangelegenheiten
 - 1.9 Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit
 - 1.10 Sperrzeitregelung
 - 1.11 Schutz der Sonn- und Feiertage
 - 1.12 Lärmbekämpfung
 - 1.13 Friedhofsangelegenheiten
 - 2 Wahrnehmung der Geschäfte des Vertreters des öffentlichen Interesses bei den Verwaltungsgerichten
 - 3 Staatshoheitsangelegenheiten
 - 3.1 Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
 - 3.2 Personenstands- und Standesamtsangelegenheiten, Namensänderungs- und Namensfeststellungsverfahren
 - 3.3 Auszeichnungen, Ehrungen
 - 3.4 Auswanderungsangelegenheiten
 - 3.5 Statistik
 - 3.6 Verkehr mit ausländischen amtlichen Vertretungen, Nachlaßangelegenheiten von im Ausland verstorbenen Personen
 - 3.7 Kriegsgräberfürsorge
 - 3.8 Sonstige Staatshoheitsangelegenheiten, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
 - 4 Wehrpflicht, Zivildienst
 - 4.1 Erfassungsangelegenheiten
 - 4.2 Unabkömmlichstellung vom Wehrdienst und Zivildienst
 - 5 Manöver und andere Übungen
 - 5.1 Anmeldeverfahren
 - 5.2 Übungsgebiete mit zusammengefaßter Anmeldung
 - 6 Angelegenheiten der Streitkräfte
 - 7 Pressewesen
 - 8 Allgemeine Angelegenheiten aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht, dem Verwaltungsverfahrenrecht und dem Verwaltungsgebührenrecht.
-

Anmerkungen zu 21:**Zu Nr. 1.1:**

Hierzu gehören auch die Mitwirkung bei Verordnungen der Landesordnungsbehörde und die Prüfung von ordnungsbehördlichen Verordnungen.

Zu Nr. 1.12:

Vgl. hierzu Dezernat 23.

Zu Nr. 2:

Verwaltungsstreitverfahren, die von der Behörde des Regierungspräsidenten zu führen sind, werden grundsätzlich von den jeweils sachlich zuständigen Dezernaten bearbeitet. Diese Regelung umfaßt auch die Vertretung der Behörde vor den Verwaltungsgerichten.

Zu Nr. 4.2:

Hierzu gehören die allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten sowie Einzelfälle, soweit die Bearbeitung bei bestimmten Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen nicht anderen Dezernaten (11, 22, 23, 24, 31, 44.I, 52, 53, 54) zugewiesen ist.

Zu Nr. 5:

Hierzu gehören die Koordinierung der zivilen Interessen sowie die Angelegenheiten der Anforderungsbehörden auf dem Gebiet des Manöverwesens.

Zu Nr. 6:

Hierzu gehören die Koordinierung der zivilen Interessen sowie die nicht in die fachliche Zuständigkeit anderer Dezernate fallenden Angelegenheiten, insbesondere die Sicherungsmaßnahmen bei Schieß- und Munitionsanlagen der Streitkräfte sowie die Mitwirkung in gemischten Kommissionen.

Dezernat 22 – Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz

- 1 Planung und Aufbau der zivilen Verteidigung
 - 1.1 Aufrechterhaltung der Verwaltung
 - 1.11 Zivile Alarmplanung
 - 1.12 ZS-Orts- und Kreisbeschreibung
 - 1.13 Behördenorganisation im Verteidigungsfall
 - 1.14 Aufsicht über den Behördenselbstschutz
 - 1.15 Aus- und Fortbildung
 - 1.2 Schutz der Zivilbevölkerung
 - 1.21 Selbstschutz der Zivilbevölkerung
 - 1.22 Baulicher Zivilschutz
 - 1.23 Warn- und Alarmdienst
 - 1.24 Aufenthaltsregelung
 - 1.3 Sicherstellung der Versorgung
 - 1.31 Koordinierung der Fachmaßnahmen
 - 1.32 Objektschutz
 - 1.33 Materielle Bedarfsdeckung, soweit nicht andere Dezernate zuständig sind
 - 1.34 Stationierungsplanung
 - 1.4 Zivil-militärische Zusammenarbeit, soweit nicht andere Dezernate zuständig sind
 - 2 Katastrophenschutz
 - 2.1 Organisation, Einsatz und Verwendung
 - 2.2 Rechtsverhältnisse der Helfer
 - 2.3 Aus- und Fortbildung
 - 3 Wirtschaftliche Angelegenheiten
(ohne Kampfmittelbeseitigung)
 - 3.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 3.2 Bau- und Unterkunftsangelegenheiten
 - 3.3 Ausstattung einschließlich Kraftfahrzeuge und Gerät
 - 3.4 Kraftfahrzeugunfälle, Schadensersatzansprüche und sonstige vermögensrechtliche Angelegenheiten
 - 3.5 Sonstige Ausgaben
 - 4 Feuerschutz und Rettungswesen
 - 4.1 Vorbeugender Brandschutz
 - 4.2 Abwehrender Brandschutz
 - 4.21 Organisation, Personalstärke und Ausbildung der Feuerwehren
 - 4.22 Feuerwehrbauten und -anlagen, feuerschutztechnisches Gerät
 - 4.3 Beihilfen aus der Feuerschutzsteuer
 - 4.4 Rettungswesen
 - 5 Kampfmittelbeseitigung
 - 6 Fernmeldewesen für Katastrophenabwehr, Feuerschutz und Rettungswesen
-

Anmerkungen zu 22:**Zu Nr. 1.1–1.4:**

Hierzu gehören auch Übungen, Planspiele und Planuntersuchungen.

Zu Nr. 2.1:

Hierzu gehören die Überwachung des Katastrophenschutzes – mit Ausnahme des Brandschutzes – nach Bundes- und Landesrecht in den Kreisen und kreisfreien Städten, außerdem die Katastrophenabwehrplanung auf Bezirksebene (KAL-Bezirk).

Zu Nr. 2.2:

Hierzu gehören Grundsatzfragen der Freistellung von Angehörigen des Katastrophenschutzes vom Wehrdienst und Zivildienst sowie die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 8 Abs. 3 KatSG).

Zu Nr. 3.2:

Hierzu gehören auch Auswahl und Anmietung von Lagern zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung.

Zu Nr. 3.5:

Hierzu gehört insbesondere die Bearbeitung von Ersatzleistungen an Angehörige des Katastrophenschutzes, Lehrpersonal und Arbeitgeber.

Zu Nr. 6:

Unter technischer Beratung durch Dezernat 25.

Dezernat 23 – Gewerbeaufsicht

- 1 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte der Fachrichtung Gewerbeaufsicht
- 2 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Gewerbeaufsichtsämter

Nur Arnsberg und Düsseldorf:
und des Staatlichen Gewerbearztes

- 3 Arbeitsstätten
- 4 Technische Arbeitsmittel
- 5 Gefährliche Arbeitsmittel
- 6 Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit
- 7 Allgemeiner betrieblicher Unfall- und Gesundheitsschutz
- 8 Überwachungsbedürftige Anlagen

Nur Detmold, Düsseldorf und Köln:
Angelegenheiten der Technischen Überwachungsorganisationen

- 9 Sprengstoffwesen
 - 10 Unfallverhinderung im Rahmen der Eigenunfallversicherung des Landes NW
 - 11 Strahlenschutz und Kernenergieanlagen
 - 12 Arbeitszeitschutz
 - 13 Arbeitsschutz für besonders schutzbedürftige Personengruppen
- Nur Arnsberg, Detmold und Düsseldorf:**
- 14 Arbeits- und Entgeltsschutz für Heimarbeiter
 - 15 Allgemeiner Immissionsschutz
 - 16 Genehmigungsbedürftige Anlagen
 - 17 Mitwirkung bei den Aufgaben der zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes
-

Anmerkungen zu 23:**Zu Nr. 2:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 23 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Zu Nr. 8:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung der im öffentlichen Auftrag tätigen Wehr- und Zivildienstpflichtigen der Technischen Überwachungsvereine, soweit nicht Dezernat 53 zuständig ist.

Zu Nr. 9:

Vgl. hierzu die Zuständigkeit der Dezernate 25 und 52.

Zu Nr. 12:

Die Angelegenheiten der Sperrzeitregelung und der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Ladenschluß werden im Dezernat 21 bearbeitet.

Zu Nr. 15:

Vgl. hierzu die Zuständigkeiten des Dezernats 21 nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz, Gaststättengesetz, den §§ 64 ff. GewO (Gaststätten und Märkte) sowie des Dezernats 35 für Fragen der Bauleitplanung.

Zu Nr. 16:

Hierzu gehören auch Planfeststellungen und Genehmigungen nach § 7 Abs. 3 des Abfallbeseitigungsgesetzes und § 18 Abs. 2 des Landesabfallgesetzes mit Ausnahme von Kompostwerken und Aufbereitungsanlagen für die Kompostierung und Ablagerung sowie von räumlich und betrieblich selbständigen Aufbereitungsanlagen.

Dezernat 24 – Gesundheit

- 1 Gesundheitsämter, Amtsärzte
 - 2 Ärzte, Zahnärzte
 - Nur Düsseldorf und Münster:**
 - Berufserlaubnisse für ausländische Ärzte
 - 3 Heilpraktiker, nichtärztliche Heilberufe
 - 4 Angelegenheiten der häuslichen Krankenpflege
 - 5 Krankenhäuser, Institute, Kliniken, Heil- und Pflegeanstalten (Landeskrankenhäuser)
 - 5.1 Gesundheitsbehördliche Aufsicht
 - 5.2 Finanzierungshilfen zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen
 - 5.3 Krankenhausbedarfsplanung (Bettenplanung)
 - 6 Kurorte, Erholungsorte, Heilquellen
 - Nur Detmold:**
 - Medizinische Angelegenheiten des Staatsbades Oeynhausen
 - 7 Allgemeine Gesundheitshilfe
 - Nur Köln:**
 - Bearbeitung von Entschädigungsansprüchen nach Unfruchtbarmachung
 - 8 Gesundheitshilfe für Schüler und Jugendliche, Jugendzahnpflege
 - 9 Gesundheitshilfe für Schwangere, Mütter, Säuglinge und Kleinkinder
 - 10 Gesundheitsangelegenheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes
 - 11 Mitwirkung im Rettungswesen; fachtechnische Überprüfung von Rechnungen und Rezepten; gutachtliche Stellungnahmen (Nur Düsseldorf: Fachtechnische Überprüfung von Rechnungen und Rezepten aller Strafanstalten des Landes NW); Mitwirkung bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes und der Kernenergie
 - 12 Hygiene, insbesondere Umwelthygiene, Trinkwasserqualität, Abwasser- und Abfallstoffe, Badeangelegenheiten, Leichen- und Bestattungsangelegenheiten
 - 13 Seuchenbekämpfung einschließlich Tuberkulosehilfe
 - 14 Impfanglegenheiten
 - 15 Desinfektionsangelegenheiten
 - 16 Blutspendedienst
 - 17 Apotheken, Drogerien
 - 17.1 Arzneimittel, Impfstoffe, Sera und Gifte
 - 17.2 Notdepots für Sera und Impfstoffe
 - 17.3 Drogenschränke
 - Nur Düsseldorf und Münster:**
 - 17.4 Durchführung des 3. Prüfungsabschnitts für Apotheker
 - 18 Lebens- und Genußmittel, Lebensmittelüberwachung, Chemische und Lebensmitteluntersuchungsämter
 - Nur Düsseldorf und Münster:**
 - 19 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Hygienisch-bakteriologischen Landesuntersuchungsämter, der Landesimpfanstalt und des Chemischen Landesuntersuchungsamtes
-

Anmerkungen zu 24:

Zu Nr. 5:

Für die Planung (Neu-, Um- und Erweiterungsbau) von Krankenhäusern, Instituten, Kliniken, Heil- und Pflegeanstalten ist dieses Dezernat federführend. Für die finanzielle Förderung dieser Bauten ist Dezernat 36 zuständig, das hierbei das Dezernat 24 zu beteiligen hat.

Zu Nr. 7:

Hierzu gehört auch die Hilfe für psychisch Kranke. Die Angelegenheiten der Unterbringung von psychisch Kranken sind federführend in diesem Dezernat zu bearbeiten.

Nur Köln:

Entschädigungsansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz werden im Dezernat 56 bearbeitet.

Zu Nr. 10:

Zu diesem Arbeitsgebiet gehören insbesondere die Verwaltung der Lager zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und die Planung der Hilfs- und Ausweichkrankenhäuser.

Zu Nr. 15:

Hierzu gehören auch Angelegenheiten der Schädlingsbekämpfer, die hochgiftige Stoffe verwenden.

Zu Nr. 18:

Soweit nicht Dezernat 26 zuständig ist.

Zu Nr. 19:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen in den im öffentlichen Auftrag tätigen Hygieneinstituten.

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 24 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Dezernat 25 – Polizei

- 1 Verwaltungsangelegenheiten
 - 1.1 Organisation und Geschäftsbetrieb der Polizeibehörden
 - 1.2 Polizeibeiräte
 - 1.3 Hilfspolizeibeamte
 - 1.4 Polizeirechtliche Angelegenheiten
 - 1.41 Versammlungsangelegenheiten, Aufgaben der Polizei auf dem Gebiet des Vereinswesens
 - 1.42 Aufgaben der Polizei auf dem Gebiet des Waffen-, Munitions- und Sprengstoffwesens, Schießstätten
 - 1.43 Verkehrsordnungswidrigkeiten (einschl. Aufsicht über die Bußgeldstellen) und andere Ordnungswidrigkeiten, für deren Ahndung die Kreispolizeibehörden zuständig sind
 - 1.44 Sonstige polizeirechtliche Angelegenheiten
 - 1.5 Personalangelegenheiten der Verkehrsüberwachungsbereitschaft, der Technischen und Versorgungsdienste und der Kreispolizeibehörden
 - 1.51 Polizeivollzugsbeamte
 - 1.52 Mitwirkung bei Personalangelegenheiten der Verwaltungsbeamten, Angestellten und Arbeiter
 - 1.6 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Verkehrsüberwachungsbereitschaft, der Technischen und Versorgungsdienste, der Kreispolizeibehörden und der Polizeieinrichtungen
 - 1.61 Haushaltsangelegenheiten
 - 1.62 Persönliche und sächliche Ausgaben für Polizeivollzugsbeamte
 - 1.63 Unterkunftsangelegenheiten, Raumprogramme
 - 1.64 Schadensersatzansprüche und sonstige vermögensrechtliche Angelegenheiten
 - 1.65 Sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten
 - 1.7 Polizeiärztlicher Dienst, Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Polizeiveterinärdienst
- 2 Schutzpolizei
 - 2.1 Organisation, Einsatz und Verwendung
 - 2.2 Aus- und Fortbildung, Nachwuchswerbung, Ausrüstung und Bewaffnung
 - 2.3 Verkehrsangelegenheiten
 - 2.4 Kraftfahrangelegenheiten
 - 2.5 Fernmeldeangelegenheiten
- 3 Kriminalpolizei
 - 3.1 Organisation, Einsatz und Verwendung
 - 3.2 Aus- und Fortbildung, Nachwuchswerbung
 - 3.3 Polizeiliche Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen

Dezernat 26 – Veterinärangelegenheiten

- 1 Amtstierärzte
- 2 Tierärzte
- 3 Tierseuchenbekämpfung
- 4 Schlachtier- und Fleischbeschau
- 5 Geflügelfleisch-Hygiene
- 6 Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln tierischer Herkunft
- 7 Tierkörperbeseitigung
- 8 Veterinärangelegenheiten im Rahmen des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung
- 9 Tierärztliche Angelegenheiten bei der Tierzucht
- 10 Tierschutz
- 11 Verkehr mit Tierarzneimitteln und Impfstoffen

Nur Arnsberg, Detmold, Düsseldorf und Münster:

- 12 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der staatlichen Veterinär-Untersuchungsämter

Nur Münster:

- 13 Mitwirkung bei der Ausbildung und Prüfung der Hufbeschlagschmiede
-

Anmerkungen zu 26:

Zu Nr. 3:

Hierzu gehören auch Schlachthöfe, Nutz- und Schlachtviehmärkte und sonstige Absatzveranstaltungen, Tierschauen und Ausstellungen.

Zu Nr. 4:

Hierzu gehören auch Beseitigung von Konfiskaten und Schlachtabfällen.

Zu Nr. 12:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 26 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Dezernat 27 – Enteignung, Liegenschaften**1 Enteignung**

1.1 Enteignungsverfahren nach dem Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum von 1874 in Verbindung mit dem Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren

1.2 Enteignungsverfahren nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz

1.3 Enteignungsverfahren nach sonstigen Vorschriften

1.4 Entschädigungen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm

2 Liegenschaften

2.1 Erwerb, Veräußerung, Tausch und Belastung von Grundstücken nach Maßgabe der Grundstücksverkehrsordnung

2.2 Verwaltung der landeseigenen Grundstücke und Gebäude mit Zubehör, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist

2.3 Festsetzung der örtlichen Mietwerte für Mietwohnungen, Geschäftsräume und gewerblich genutzte unbebaute Grundstücke des Landes NW, die von den Behörden oder Einrichtungen des Landes verwaltet werden

2.4 Verwaltung des ehemaligen NS-Vermögens (beweglich und unbeweglich, Hypotheken und Darlehen)

2.5 Domänen, landwirtschaftlich genutzte Sondervermögen

Nur Detmold:

2.6 Vermögens- und Schuldenverwaltung des ehemaligen Landes Lippe

Nur Düsseldorf:

2.7 Verwaltung von Wertpapieren des Landes NW

3 Erwerb, Veräußerung und Verwaltung von Grundstücken**Nur Detmold:**

3.1 Haus Büren'scher Fonds und Paderborner Studienfonds

Nur Düsseldorf:

3.2 Bergischer Schulfonds und Gymnasialfonds Münstereifel

Nur Münster:

3.3 Münster'scher Studienfonds und Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds

Nur Düsseldorf und Köln:**4 Westwallentfestigung**

Anmerkungen zu 27:**Zu Nr. 1.3:**

Hierzu gehören auch Beschwerdeverfahren nach dem Schutzbereichsgesetz und Verfahren nach § 9 des Wertausgleichsgesetzes (SGV. NW. 54).

Zu Nr. 2.2:

Sonderregelungen für Dezernate 12, 25 und 44.II

Zu Nr. 3:

Die Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten werden federführend im Dezernat 11 in Zusammenarbeit mit dem Dezernat 27 bearbeitet (s. Dez. 11, Anmerk. zu Nr. 1 bis 7). In Haushaltsangelegenheiten wirkt der Beauftragte für den Haushalt durch Mitzeichnung mit (s. Dez. 12, Anm. zu Nr. 1.1, 1.2, 1.4 und 1.6).

Dezernat 31 – Kommunal- und Sparkassenaufsicht

- 1 Allgemeine Kommunalaufsicht
 - 1.1 Prüfung, Genehmigung von Satzungen
 - 1.2 Gebietsänderungen, Entscheidungen in Grenzstreitigkeiten
 - 1.3 Verleihung und Änderung von Bezeichnungen
 - 1.4 Flaggen-, Wappen- und Siegelführung
 - 1.5 Wahlen
 - 1.6 Angelegenheiten der kommunalen Gemeinschaftsarbeit
 - 1.7 Sonstige kommunalverfassungsrechtliche Angelegenheiten
 - 2 Finanzangelegenheiten und wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden (GV)
 - 2.1 Haushaltsangelegenheiten (Haushaltssatzungen), Kassen- und Rechnungsangelegenheiten
 - 2.2 Steuern, Gebühren, Beiträge und personelle Leistungen
 - 2.3 Finanzausgleich
 - 2.31 Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Kreise
 - 2.32 Angelegenheiten der Fehlbetragsgemeinden
 - 2.33 Sonstige Zuweisungen nach § 11 FAG

Nur Köln:
sowie Finanzhilfen des Bundes und des Landes für den Raum Bonn
 - 2.34 Zuweisungen zu den Auftragsaufgaben und Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung
 - 2.35 Zweckgebundene Finanzzuweisungen für den Straßenbau im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbunds
 - 2.36 Krankenhausumlage
 - 2.37 Beteiligung bei sonstigen zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden (GV)
 - 2.4 Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer
 - 2.5 Kredite, kreditähnliche Geschäfte sowie Bürgschaften oder andere Sicherheitsbestellungen
 - 2.6 Veräußerungs- und Verpflichtungsgeschäfte
 - 2.7 Örtliche Stiftungen nach der Gemeindeordnung
 - 2.8 Wirtschaftliche Unternehmen
 - 2.9 Auswertung der Berichte der Gemeindeprüfungsämter und Ausräumung von Prüfungsbemerkungen
 - 3 Beamten-, besoldungs- und tarifrechtliche Angelegenheiten der Dienstkräfte der Gemeinden (GV) und Sparkassen einschließlich G 131; Stellenpläne
 - 4 Sparkassenaufsicht
 - 5 Koordinierung strukturwirksamer Förderungsmaßnahmen

Nur Düsseldorf, Köln und Münster:
 - 6 Betreuung grenznaher Gebiete, Grenzlandhilfe
-

Anmerkungen zu 31:**Zu Nr. 1.5:**

Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen.

Zu Nr. 3:

Hierzu gehören Angelegenheiten des Untersuchungsführers in Disziplinarsachen der Kreise und kreisfreien Städte sowie die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen im öffentlichen Dienst der Gemeinden und Gemeindeverbände. Weiterhin Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Verwaltungsangestellter der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Dezernat 32 – Gemeindeprüfungsamt

- 1 Allgemeine Prüfungsangelegenheiten
- 2 Überörtliche Prüfung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten der kreisfreien Städte, Kreise und Zweckverbände
- 3 Bilanzprüfungen der kommunalen Wirtschaftsbetriebe
- 4 Prüfungen der kommunalen Zusatzversorgungskassen
- 5 Sonderprüfungen

Nur Düsseldorf:

- 6 Prüfung der Jahresrechnung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sowie des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk

Dezernat 33 – Landesvermessung und Liegenschaftskataster

- 1 Verwaltungsangelegenheiten
 - 1.1 Ausbildungs-, Fortbildungs- und Prüfungsangelegenheiten vermessungstechnischer Fachkräfte

Nur Münster:
Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für den gehobenen vermessungstechnischen Dienst der Fachrichtung I

Nur Köln:
Geschäftsstelle der Hauptprüfungsausschüsse für Vermessungstechnikerlehrlinge der Fachrichtungen III und V
 - 1.2 Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Vermessungstechniker
 - 1.3 Haushaltsangelegenheiten
 - 1.4 Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und Sachverständige auf dem Gebiet des Vermessungswesens
 - 1.5 Gutachterausschüsse, Grundstücksbewertung
 - 1.6 Beschaffung und Verwaltung der vermessungstechnischen Instrumente, Geräte, Vordrucke und des Zeichenbedarfs
 - 2 Landesvermessung
 - 2.1 Katastervermessung
 - 2.2 Aufnahmepunktfeld (AP-Feld),
 - 2.3 Trigonometrisches Festpunktfeld (TP-Feld), Nivellementpunktfeld (NivP-Feld)
 - 2.4 Deutsche Grundkarte 1:5000, Bodenkarte 1:5000, sonstige Karten
 - 2.5 Vermessungs- und kartentechnische Angelegenheiten der Bauleitplanung und Bodenordnung

Nur Arnsberg und Düsseldorf:
 - 2.6 Zentralstelle für automatische Rechen- und Kartierarbeiten

Nur Düsseldorf, Köln und Münster:
 - 2.7 Vermessungstechnische Angelegenheiten an der Bundesgrenze
 - 3 Liegenschaftskataster
 - 3.1 Einrichtung und Führung
 - 3.2 Verbindung mit dem Grundbuch
 - 3.3 Bodenschätzung und Einheitsbewertung
 - 3.4 Flurbereinigung, Siedlung, Umlegung, sonstige Entwicklungsmaßnahmen
 - 3.5 Katasterarchiv
-

Anmerkungen zu 33:**Zu Nr. 1.1:**

Hierzu gehören auch Prüfungsausschüsse für Vermessungstechnikerlehrlinge der Fachrichtungen III und V und Prüfungsausschuß für Meßgehilfen.

Zu Nr. 1.4:

Hierzu gehören auch Angelegenheiten der gewerblichen Vermessungsbüros.

Zu Nr. 3.1:

Hierzu gehören auch die Zweckdienlichkeitsbescheinigungen, Unschädlichkeitszeugnisse, Gebührenangelegenheiten und die Statistik der Bodennutzung.

Dezernat 34 – Staatshochbau

- 1 Staatlicher Hochbau
 - 1.1 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Hochbau
Nur Arnsberg:
Geschäftsführung des Prüfungsausschusses für die Anwärter des gehobenen Dienstes Fachrichtung Hochbau
 - 1.2 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der örtlichen Staatshochbaudienststellen
 - 1.3 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Bauunterhaltung von staatlichen Gebäuden und sonstigen Baumaßnahmen und Patronatsbauten einschl. Grundstücks- und Gebäudebewertung
 - 1.31 Universitäten und Hochschulen des Landes
 - 1.32 Sonstige staatliche Bauten
 - 1.33 Patronatsbauten
Nur Köln:
 - 1.34 Kernforschungsanlage Jülich
Nur Köln:
 - 1.35 Ausbau der Verkehrsflughäfen
 - 1.4 Sachverständige für die Staatshochbauverwaltung
 - 1.41 Technische Gebäudeausrüstung
 - 1.42 Elektrotechnische Anlagen
 - 1.43 Bauingenieurwesen
 - 1.44 Landschafts- und Gartengestaltung
 - 1.5 Staatliche und staatlich geförderte Denkmalpflege
 - 1.6 Fachtechnische Vorprüfung der Bauausgaben
 - 1.7 Vergabe- und Vertragsangelegenheiten
 - 2 Fachtechnische Mitwirkung bei Baumaßnahmen nichtstaatlicher Bauträger
 - 2.1 Schulen, sonstige Bildungsstätten, Sportanlagen
 - 2.2 Krankenhäuser und Kliniken
 - 2.3 Landesbediensteten- und Bergarbeiterwohnungsbau
 - 2.4 Sonstige Baumaßnahmen
-

Anmerkungen zu 34:**Zu Nr. 1.2:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 34 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Zu Nr. 1.3:

Zu diesem Arbeitsgebiet gehören auch Gebäudeschätzungen und die für die Bewertung eines Grundstücks oder Gebäudes notwendigen Prüfungen.

Zu Nr. 2.4:

Hierzu gehören auch Lärmschutzmaßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm sowie Maßnahmen zur Beseitigung baulicher Hindernisse für alte und behinderte Menschen.

Dezernat 35 – Bauaufsicht, Städtebau

- 1 Bauaufsicht
 - 1.1 Baurechtliche und bautechnische Vorschriften der Landesbauordnung und ihrer Durchführungsordnungen
 - 1.2 Ausnahmen von Veränderungssperren, Zurückstellung von Baugesuchen, Bodenverkehrsgenehmigungen
 - 1.3 Vorhaben
 - 1.4 Befreiungen
 - 1.5 Widersprüche
 - 1.6 Baugestaltung, Außenwerbung und Ortssatzungen aufgrund der Landesbauordnung
 - 1.7 Bauliche Anlagen besonderer Art und Nutzung
 - 1.8 Planungsrechtliche und bauaufsichtliche Behandlung baulicher Anlagen, des Bundes, der Länder und der Stationierungstreitkräfte
 - 1.9 Zuständigkeitsregelungen für die unteren Bauaufsichtsbehörden
 - 1.10 Prüfsingenieure für Baustatik
 - 1.11 Einheitliche technische Baubestimmungen
 - 1.12 Baustoffe, Bauteile und Überwachung
 - 1.13 Bauunfälle
 - 1.14 Baugebühren
 - Nur Düsseldorf:**
 - 1.15 Technische Bühnenvorstände in Nordrhein-Westfalen
 - Nur Düsseldorf:**
 - 1.16 Universitätsbau
 - 2 Städtebau
 - 2.1 Bauleitplanung
 - 2.2 Veränderungssperren und gemeindliches Vorkaufsrecht
 - 2.3 Erschließungsanlagen
 - 2.4 Stadtentwicklungsplanung
 - 2.5 Wohnungsbauprogramme
 - 2.6 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Städtebau und Stadtbauwesen
 - 3 Städtebauförderung
 - 3.1 Vorbereitung von Förderungsprogrammen und -maßnahmen, Standortprogramme
 - 3.2 Förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen, sonstige rechtsförmliche Entscheidungen
 - 3.3 Förderung von Grunderwerb und Erschließung von kommunalen Gemeinschaftseinrichtungen und von Maßnahmen der Strukturverbesserung
 - 3.4 Förderung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
 - 3.5 Förderung von Anlagen der Freizeit und Erholung
 - 4 Anhörungsverfahren nach dem Landbeschaffungs-, Schutzbereich- und Luftverkehrsgesetz
 - 5 Geschäftsführung des oberen Umlegungsausschusses
-

Anmerkungen zu 35:**Zu Nr. 1.1:**

Zu diesem Arbeitsgebiet gehört u. a. die mitwirkende Wahrnehmung von bauaufsichtlichen Belangen bei Bauleitplänen, die federführend unter Nr. 2.1 bearbeitet werden. Hierzu gehören ferner die Baubeschränkungen zur Sicherung der Gewinnung von Bodenschätzen.

Zu Nr. 1.3:

Hierzu gehören auch Vorhaben im Sinne der §§ 29 ff. Bundesbaugesetz.

Zu Nr. 1.4:

Hierzu gehören auch Befreiungen von Festsetzungen in Bebauungsplänen sowie Entscheidungen über Ausnahmen vom Genehmigungsverbot nach § 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm, soweit nicht über eine Ausnahme bereits bei der Genehmigung eines Bebauungsplanes entschieden worden ist.

Zu Nr. 1.7:

Hierzu gehören u. a. Versammlungsräume, Theater, Lichtspieltheater, Geschäftshäuser, Garagen, Hochhäuser und fliegende Bauten.

Zu Nr. 1.9:

Dieses Arbeitsgebiet umfaßt auch die Mitwirkung bei der Privilegierung von kreisangehörigen Gemeinden.

Zu Nr. 2.3:

Zustimmung gemäß § 125 Abs. 2 Bundesbaugesetz.

Dezernat 36 – Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten

- 1 Bauförderung
 - 1.1 Landesbedienstetenwohnungsbau
 - 1.11 Förderung von Eigentumsmaßnahmen
 - 1.12 Förderung von Mietwohnungen
 - 1.13 Verwaltung von Landesbedienstetenwohnungen
 - 1.2 Förderung von Einrichtungen, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
 - 1.21 Gemeinschaftseinrichtungen
 - 1.22 Freie gemeinnützige und kommunale soziale Einrichtungen, insbesondere Krankenhäuser
 - 1.3 Darlehensverwaltung

Nur Düsseldorf und Köln:

 - 1.4 Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues
 - 2 Wohnungsaufsicht
 - 3 Siedlungs- und Kleingartenangelegenheiten
 - 4 Reichsheimstätten
 - 5 Gemeinnützige Wohnungsunternehmen, Betreuungsunternehmen
-

Anmerkung zu 36:

Zu Nr. 1.22:

Hierzu gehört auch die Bewilligung von Förderungsmitteln zu den in § 2 KHG aufgeführten Investitionskosten

Dezernat 41 – Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen – Primar- und Sekundarstufe I – (innere Schulangelegenheiten)

- 1 Übergreifende und stufenbezogene Aufgaben der Aufsicht
 - 1.1 nach Lernbereichen/Fächern
 - 1.11 Sprachlicher Bereich
 - 1.12 Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich
 - 1.13 Religionslehre
 - 1.14 Mathematischer und naturwissenschaftlicher Bereich
 - 1.15 Kunst, Werken, Musik, Textilgestaltung und Hauswirtschaft, Mitwirkung im Fach Sport
 - 1.16 Arbeitslehre, Schule/Wirtschaft
 - 1.17 Verkehrserziehung, Gesundheitserziehung
 - 1.2 nach Sachgebieten
 - 1.21 Mitwirkung von Schülern und Erziehungsberechtigten in der Schule
 - 1.22 Generelle und Einzelentscheidungen auf dem Gebiet der Schulberatung (schulpsychologischer Dienst, Bildungsberatung, Schullaufbahnberatung)
 - 1.23 Mitwirkung bei Fragen der Schulpflicht
 - 1.24 Ergänzungsschulen
 - 1.25 Unterricht für Kinder von ausländischen Arbeitnehmern und von Spätaussiedlern; Silentien
 - 1.26 Generelle und Einzelentscheidungen über Unterrichtsausfall
 - 1.27 Generelle und Einzelentscheidungen auf den Gebieten des Schulwanderns und der Schulfahrten, der Lehrer- und Schülerbüchereien und der Freizeitgestaltung
 - 1.28 Schülerwettbewerbe
 - 1.3 nach Schulstufen und für die Sonderschulen
 - 1.31 Mitwirkung bei der Aufsicht über die Gesamtseminare
 - 1.311 in der allgemeinen Aufsicht
 - 1.312 in Fragen der Ausbildung
 - 1.313 in Fragen der Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung
 - 1.32 Mitwirkung bei beamtenrechtlichen Angelegenheiten der Lehramtsanwärter und bei der Zuweisung zu den Gesamtseminaren
 - 1.33 Mitwirkung bei der Schulentwicklungsplanung
- 2 Schulformbezogene Aufgaben
 - 2.1 bei Grund-, Haupt- und Realschulen
 - 2.11 in regionaler Gliederung (unter Angabe der Schulform)
 - 2.111 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Schulleitung und Schulaufsicht
 - 2.112 Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Schulräte und der Lehrkräfte
 - 2.113 Mitwirkung bei Maßnahmen der Schulorganisation und des Schulbaus, Überprüfung der Klassenbildung
 - 2.114 Mitwirkung bei sonstigen Schulverwaltungsangelegenheiten
 - 2.12 in Sachgebieten (unter Angabe der Schulform)
 - 2.121 Schulversuche
 - 2.122 Mitwirkung bei Angelegenheiten der Gesamtschulen
 - 2.123 Lehr- und Lernmittel, Medien und programmierter Unterricht
 - 2.124 Generelle und Einzelentscheidungen beim Übergang in andere Schulformen, bei Schülerzeugnissen und bei Fremdenprüfungen
 - 2.125 Schulräte- und Schulleiterkonferenzen

- 2.126 Mitwirkung bei der Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung und bei entsprechenden beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten
- 2.127 Anerkennung von Lehrerprüfungen
 - Nur Grund- und Hauptschulen:
- 2.128 Junglehrerarbeitsgemeinschaften, Lehrerprüfungen nach § 91 LVO
 - Nur Realschulen:
- 2.129 Ausbildung und Prüfung der Fachlehrer in allgemeinbildenden Schulen
- 2.2 bei Sonderschulen
 - 2.21 in regionaler Gliederung
 - 2.22 nach Schultypen

Dezernat 42 – Berufsbildende Schulen, Kollegschaften – Sekundarstufe II –, Gesamtschulen sowie nur Detmold: Gymnasien im ehemaligen Land Lippe (innere Schulangelegenheiten)

- 1 Übergreifende und stufenbezogene Aufgaben der Aufsicht
 - 1.1 nach Lernbereichen/Fächern und Fachrichtungen
 - 1.11 Sprachlicher Bereich
 - 1.12 Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich
 - 1.13 Religionslehre
 - 1.14 Mathematischer und naturwissenschaftlicher Bereich
 - 1.15 Kunst/Gestaltung, Musik, Mitwirkung im Fach Sport
 - 1.16 Arbeitslehre, Schule/Wirtschaft
 - 1.17 Verkehrserziehung, Gesundheitserziehung
 - 1.18 fachbezogener Unterricht in den Fachrichtungen
 - gewerblich-technisch
 - kaufmännisch
 - allgemein-gewerblich und hauswirtschaftlich
 - sozialpädagogisch
 - landwirtschaftlich
 - 1.2 nach Sachgebieten
 - 1.21 Mitwirkung von Schülern, Erziehungsberechtigten und für die Berufserziehung Mitverantwortlichen in der Schule
 - 1.22 Generelle und Einzelentscheidungen auf dem Gebiet der Schulberatung (schulpsychologischer Dienst, Bildungsberatung, Schullaufbahnberatung)
 - 1.23 Mitwirkung bei Fragen der Schulpflicht
 - 1.24 Ergänzungsschulen
 - 1.25 Unterricht für jugendliche Ausländer und für jugendliche Spätaussiedler; Silentien
 - 1.26 Generelle und Einzelentscheidungen über Unterrichtsausfall
 - 1.27 Generelle und Einzelentscheidungen auf den Gebieten des Schulwanderns und der Schulfahrten, der Lehrer- und Schülerbüchereien und der Freizeitgestaltung
 - 1.28 Schülerwettbewerbe
 - 1.3 nach Schulstufen
 - 1.31 Aufsicht über die Gesamtseminare im Zusammenwirken mit den Schulkollegien
 - 1.311 in der allgemeinen Aufsicht
 - 1.312 in Fragen der Ausbildung
 - 1.313 in Fragen der Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung
 - 1.314 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung
 - 1.32 Mitwirkung bei beamtenrechtlichen Angelegenheiten der Referendare und bei der Zuweisung zu den Gesamtseminaren
 - 1.33 Mitwirkung bei der Schulentwicklungsplanung
- 2 Schulformbezogene Aufgaben
 - 2.1 bei Gesamtschulen, Kollegschaften, **nur Detmold:** Gymnasien im ehemaligen Land Lippe, berufsbildenden Schulen, letztere nach Fachrichtungen
 - gewerblich-technisch
 - kaufmännisch
 - allgemein-gewerblich und hauswirtschaftlich
 - sozialpädagogisch
 - landwirtschaftlich
 - und unter Angabe der regionalen Aufgliederung
 - 2.11 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Schulleitung, für Funktionen und für die Schulaufsicht
 - 2.12 Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Lehrkräfte
 - 2.13 Mitwirkung bei Maßnahmen der Schulorganisation und des Schulbaus sowie bei der Bildung von Bezirksfachklassen; Überprüfung der Klassenbildung

- 2.14 Mitwirkung bei sonstigen Schulverwaltungsangelegenheiten
- 2.2 in Sachgebieten (unter Angabe der Schulform)
 - 2.21 Schulversuche
 - 2.22 Lehr- und Lernmittel, Medien und programmierter Unterricht
 - 2.23 Generelle und Einzelentscheidungen beim Übergang in andere Schulformen, bei Schülerzeugnissen und bei Fremdenprüfungen
 - 2.24 Schulleiterkonferenzen
 - 2.25 Mitwirkung bei der Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung und bei entsprechenden beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten
 - 2.26 Anerkennung von Lehrerprüfungen und von Zeugnissen aus anderen Ländern
- 2.3 nur berufsbildende Schulen
 - 2.31 Praktikantenausschüsse
 - 2.32 Mitwirkung bei der Aufsicht über Sonderschulen mit beruflichem Bildungsziel
 - 2.33 Ausbildung von Werkstattlehrern
 - 2.34 Ausbildung von technischen Lehrern
 - 2.35 Prüfungen für Fachlehrer der schreibtechnischen Fachrichtung
 - 2.36 Angelegenheiten der Berufsbildung nach dem Berufsbildungsgesetz
 - 2.361 Mitwirkung bei der Berufsbildung durch die „zuständigen Stellen“, Berufsbildungsausschüsse, Prüfungsausschüsse
 - 2.362 „Zuständige Stelle“ für die Hauswirtschaft
- 2.4 nur Gesamt- und Kollegschulen:
Mitwirkung bei der Vorbereitung, Planung und Entwicklung von Struktur, Organisation und Curriculum (z. B. Lernbereiche, Fächer) der Gesamtschulen und Kollegschulen

Dezernat 44.I – Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer

- 1 Allgemeine Angelegenheiten
 - 1.1 Gemeinsame beamten-, tarif- und personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten
 - 1.2 Stellenplanangelegenheiten, Statistik des Personalwesens
 - 2 Grund- und Hauptschulen – Personalangelegenheiten der Schulräte, Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 3 Sonderschulen – Personalangelegenheiten der Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 4 Realschulen – Personalangelegenheiten der Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 5 Berufsbildende Schulen – Personalangelegenheiten der Lehrer und Referendare
 - 6 Gesamt- und Kollegschulen, Gesamtseminare – Personalangelegenheiten der Lehrer und hauptberuflichen Berater
- Nur Detmold:**
- 7 Gymnasien im ehemaligen Land Lippe – Personalangelegenheiten der Lehrer
-

Anmerkung zu 44.I:**Zu Nr. 2–7:**

Hierzu gehören u. a.:

Ein- und Anstellung, Beförderung, Festsetzung des BDA, Dienstaufwandsentschädigung, Höhergruppierung, Abordnung, Pflichtstundenermäßigung, Versetzung, Entlassung, Versetzung in den Ruhestand, Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben, Krankheit, Urlaub, Dienstunfälle, Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten, sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigung, Schadenshaftung, Angelegenheiten der nebenamtlich und nebenberuflich tätigen Lehrkräfte und der Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis einschließlich Festsetzung der Grundvergütung, Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen einschließlich Lehrern an Ersatzschulen, Durchführung des Schwerbehindertengesetzes.

Dezernat 44.II – Schulverwaltung (äußere Schulangelegenheiten); Kirchensachen

- 1 Schulorganisation, Schulbau
 - 1.1 Schulentwicklungspläne
 - 1.2 Errichtung, Änderung und Auflösung von Schulen, Angelegenheiten der Schulträger, Bildung von Bezirksfachklassen
 - 1.3 Schulbau, Sportstättenbau
 - 1.31 Schulbau für alle Schulformen einschl. Schulversuche und Schulzentren sowie Einrichtungen der Erwachsenenbildung
 - 1.32 Förderung von Schullandheimen und Schülerwohnheimen
 - 1.33 Beihilfen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Einrichtungen des Sports und Schulsports
- 2 Wirtschaftliche Angelegenheiten
 - 2.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 2.2 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Lehrer
 - 2.21 Beihilfen, Unterstützungen, Vorschüsse
 - 2.22 Dienstreisen, Reisekosten, beamteneigene und anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge, Trennungsschädigung, Umzugskosten
 - 2.3 Schülerbeförderung, Schülerfahrkosten
 - 2.4 Landesjugendplan (außer Nr. 1.32)
 - 2.5 Sonstige Ausgaben
- 3 Sonstige Schulverwaltungsangelegenheiten
- 4 Privatschulen
 - 4.1 Ersatzschulen
 - 4.2 Ergänzungsschulen
- 5 Kirchensachen

Dezernat 45 - Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereinssport

- 1 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung
 - 1.1 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege
 - 1.11 Aufbau und Förderung von Büchereien, kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen
 - 1.12 Förderung des Theaterwesens (Kommunaltheater, Landestheater, Privattheater, Puppen- und Freilichtbühnen, Laientheater, Theaterbauten und bühnentechnische Einrichtungen in Mehrzweckhallen)
 - 1.13 Medien (Film und Fernsehen, Bildstellen, Medienzentren)
 - 1.14 Bildende Kunst (Allgemeine Künstlerförderung, Förderung von Ausstellungen, Ankäufen und Veranstaltungen der Museen, Zuschüsse zu Neu- und Wiederaufbauten von Museen)
 - 1.15 Musikwesen (Orchester und öffentliche Musikpflege, Musikwettbewerbe, Förderung von Musikschulen und von Musikverbänden)
 - 1.2 Weiterbildung
 - 1.21 Zuweisung von Zuschüssen des Landes (bei Einrichtungen der Weiterbildung in kommunaler und anderer Trägerschaft)
 - 1.22 Anerkennung von Einrichtungen der Weiterbildung
 - 1.23 Förderungsmaßnahmen des Landes nach dem Landesjugendplan
 - 2 Schul- und Vereinssport
 - 2.1 Grundsatz- und Einzelentscheidungen im Schulsport
 - 2.11 Fortbildung der Lehrkräfte
 - 2.12 Berufung der Fachberater und Beteiligung bei der Berufung von Fachleitern
 - 2.13 Schul-Sonderturnen
 - 2.14 Schulsportwettkämpfe
 - 2.2 Angelegenheiten der Turn- und Sportvereine und der -fachverbände
 - 2.3 Sportstättenbau und -ausstattung
 - 2.31 Sportfachliche Mitwirkung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulsport- und anderen Sportstätten
 - 2.32 Zuschüsse zur Beschaffung von Turn- und Sportgeräten für Schulen und Vereine
- Nur Düsseldorf:**
- 2.4 Zuständige Stelle für die Ausbildung und Prüfung von Schwimmestergewerkschaften im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes

Dezernat 51 – Landschaft, Fischerei

- 1 Fachtechnische Angelegenheiten
 - 1.1 Schutzobjekte
 - 1.2 Landschaftspläne
 - 1.3 Naturparke und bevorzugte Erholungsgebiete
 - 1.4 Mitwirkung bei Fachplanungen und Maßnahmen im Außenbereich
 - 1.5 Mitwirkung bei sonstigen landschaftsrelevanten Maßnahmen
- 2 Verwaltungsangelegenheiten
 - 2.1 Natur- und Landschaftsschutz, Landschaftspläne
 - 2.2 Abgrabungen
 - 2.3 Artenschutz, Wildfreigehege
 - 2.4 Betretungsbefugnisse; besondere Duldungsverhältnisse
 - 2.5 Sonstige landschaftsrelevante Maßnahmen
 - 2.6 Finanzielle Förderung, Grunderwerb
 - 2.7 Angelegenheiten der ehrenamtlich Tätigen
- 3 Fischerei
 - 3.1 Aufgaben nach dem Landesfischereigesetz und der Landesfischereiordnung
 - 3.2 Mitwirkung bei fischereirelevanten Maßnahmen
 - 3.3 Fachberatung bei nicht gewerblich genutzten Fischgewässern

Dezernat 52 – Gewerbliche Wirtschaft

- 1 Wirtschaftsangelegenheiten
 - 1.1 Wirtschaftsförderung
 - 1.11 Regionale Wirtschaftsförderung
 - 1.111 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
 - 1.112 Übrige wirtschaftsschwache Gebiete des Landes
 - 1.113 Grunderwerbsteuerbefreiung bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
 - 1.12 Maßnahmen der sektoralen Strukturpolitik
 - 1.13 Förderung des Mittelstandes und der freien Berufe
 - 1.14 Landesbürgschaften
 - 1.15 Sonderprogramme und sonstige Förderungsmaßnahmen
 - 1.2 Maßnahmen zur Förderung der technischen Entwicklung in der Wirtschaft

Nur Düsseldorf:

- 1.3 Interzonenhandel für Nordrhein-Westfalen
- 2 Preisüberwachung
 - 2.1 Preisrechtliche Prüfung von öffentlichen Aufträgen
 - 2.11 Aufträge im Rahmen der Bauwirtschaft
 - 2.12 Sonstige Aufträge
 - 2.2 Verkehrstarife
 - 2.3 Gebühren, Beiträge, Entgelte aller Art
 - 2.31 Pflegesätze
 - 2.32 Gebühren, Beiträge, sonstige Entgelte
 - 2.4 Mieten, Pachten
 - 2.5 Ernährung und Landwirtschaft einschließlich Verarbeitungsbetriebe
 - 2.6 Gewerbliche Wirtschaft, Energiewirtschaft
 - 2.7 Preisauszeichnung, Preisbeobachtung
- 3 Handwerk, Handel und Gewerbe
 - 3.1 Handwerk
 - 3.11 Ausnahmegewilligungen zur Eintragung in die Handwerksrolle
 - 3.12 Untersagung und Schließung von Handwerksbetrieben
 - 3.13 Schornsteinfegerangelegenheiten
 - 3.14 Hufbeschlagangelegenheiten
 - 3.2 Handel und Gewerbe (insbesondere Gewerbeüberwachung)
 - 3.21 Handel
 - 3.22 Stehendes Gewerbe
 - 3.23 Reisegewerbe
 - 3.24 Marktverkehr
 - 3.25 Gaststättengewerbe
 - 3.26 Waffen- und Munitionsangelegenheiten
 - 3.27 Sonderverkaufsveranstaltungen und Ausverkäufe
 - 3.28 Sonstige Gewerbe- und Handelszweige
 - 3.3 Gewerbeuntersagungen

- 3.4 Mitwirkung bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes
 - 3.5 Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“
 - 3.6 Angelegenheiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung
 - 3.61 Zuerkennung der fachlichen Eignung zum Ausbilden, Untersagung des Einstellens und Ausbildens von Auszubildenden
 - 3.62 Errichtung von Ausbildungsmeisterprüfungsausschüssen für das grafische Gewerbe
 - 3.63 Bildung und Beaufsichtigung der Meisterprüfungsausschüsse (einschl. Baumeisterprüfungsausschüsse)
 - 3.64 Mitwirkung bei Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung
 - 4 Angelegenheiten des privaten Versicherungsgewerbes
 - 5 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft
 - 6 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Ernährungsbereich
 - 7 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 405 Aktiengesetz
-

Anmerkungen zu 52:**Zu Nr. 1:**

Hierzu gehören auch Orderlagerscheinangelegenheiten.

Zu Nr. 1.1:

Hierzu gehört auch die Sammlung von Wirtschaftsdaten.

Zu Nr. 2:

Hierzu gehört auch die Erledigung von Ermittlungsersuchen nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Zu Nr. 3.14:

Ausbildung und Prüfung der Hufbeschlagschmiede s. Dezernat 26.

Zu Nr. 3.22:

Hierzu gehören auch die Gewerbezweige, für die auf Grund der Gewerbeordnung besondere bundes- oder landesrechtliche Verordnungen ergangen sind.

Zu Nr. 3.26:

Hierzu gehören Entscheidungen über Widersprüche nach § 7 WaffG und die Errichtung und Überwachung der staatlichen Prüfungsausschüsse zur Prüfung der Fachkunde für den Waffenhandel (letzteres nur Düsseldorf und Münster). Im übrigen vergl. Dez. 25. 1.42.

Zu Nr. 3.28:

Hierzu gehören die Gewerbezweige, für die Regelungen in gewerberechtlichen Nebengesetzen bestehen (z. B. Blindenwarenvertriebsgesetz, Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen)

Zu Nr. 3.4:

Hierzu gehören Prüfung der Zuverlässigkeit und Haftungsangelegenheiten.

Zu Nr. 5:

Hierzu gehören auch die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen in Betrieben und Unternehmen der öffentlichen Energieversorgung mit einem Versorgungsgebiet, das über die Grenzen eines Regierungsbezirks hinausgeht, und die Angelegenheiten der Anforderungsbehörden für Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft.

Zu Nr. 6:

Hierzu gehören auch die Angelegenheiten der Anforderungsbehörden für Leistungen auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft.

Dezernat 53 – Verkehr

- 1 Allgemeiner Straßenverkehr einschließlich Verkehrstechnik, Verkehrsaufklärung und Verkehrserziehung
 - 2 Fahrerlaubnis-, Fahrlehrer- und Kraftfahrzeugsachverständigenangelegenheiten
 - 3 Wege- und Straßenangelegenheiten
 - 4 Wasserstraßen- und Hafenangelegenheiten
 - 5 Personenbeförderung
 - 6 Güterkraftverkehr
 - 7 Eisenbahnangelegenheiten
 - 7.1 Angelegenheiten der Deutschen Bundesbahn
 - 7.2 Angelegenheiten der nicht zum Netz der Deutschen Bundesbahn gehörenden Eisenbahnen sowie der Berg- und Seilanschubbahnen des öffentlichen Verkehrs
 - 7.3 Anschlußbahnen und Anschlußgleise
- Nur Düsseldorf:**
- 8 Internationaler Straßengüterverkehr
- Nur Düsseldorf:**
- 9 Technische Aufsicht über Straßenbahn- und Oberleitungsbahnunternehmen
- Nur Düsseldorf und Münster:**
- 10 Angelegenheiten der Luftfahrt
 - 10.1 Flugplätze
 - 10.11 Genehmigung, Planfeststellung und Aufsicht über Landeplätze
 - 10.12 Genehmigung und Aufsicht über Segelfluggelände
 - 10.13 Durchführung der Anhörungsverfahren bei der Genehmigung und Planfeststellung von Flughäfen
 - 10.2 Luftfahrtpersonal
 - 10.3 Luftrechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse, Luftbildwesen
 - 10.4 Luftaufsicht
 - 10.5 Landesbeauftragter für den Schutz vor Fluglärm
 - 10.6 Förderung der Luftfahrt
 - 11 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Verkehrsbereich
-

Anmerkungen zu 53:**Zu Nr. 1:**

Hierzu gehören auch Planfeststellung und Bauleitplanung.

Zu Nr. 3, 4, 5 und 7:

Hierzu gehören auch Planungsfeststellungsverfahren.

Zu Nr. 10:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen, die auf Flugplätzen oder bei den unmittelbar hierzu gehörenden Umschlagsbetrieben tätig sind.

Zu Nr. 11:

Hierzu gehören auch die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen in Unternehmen und Einrichtungen des Verkehrs und die Angelegenheiten der Anforderungsbehörden für Leistungen auf dem Gebiet des Verkehrs.

Dezernat 54 – Wasser, Abfallwirtschaft

- 1 Rechtliche Angelegenheiten
 - 1.1 Gewässeraufsicht (einschließlich Kontrollkartei)
 - 1.2 Wasser- und Bodenverbände, Verbandsaufsicht
 - 1.3 Gewässerbenutzung
 - 1.4 Gewässerschutz, Reinhaltordnungen
 - 1.5 Wasserschutz- und Quellenschutzgebiete
 - 1.6 Organisationsfragen der Wasserversorgung
 - 1.7 Organisationsfragen der Abwasserbeseitigung
 - 1.8 Gewässerausbau, Deichbau (Planfeststellung)
 - 1.9 Gewässer- und Deichunterhaltung
 - 1.10 Überschwemmungsgebiete, Anlagen in und an Gewässern
 - 1.11 Hochwasserschutz
 - 1.12 Wasserbuch
 - 1.13 Zwangsrechte
 - 1.14 Entschädigungen und Schadensersatz in wasserwirtschaftlichen Angelegenheiten
 - 1.15 Verwaltung landeseigener Gewässergrundstücke und Grundstücke an Gewässern
 - 1.16 Abfallwirtschaft
 - 1.161 Abfallbeseitigungsanlagen
 - 1.162 Einsammeln und Befördern
 - 1.163 Abfallbeseitigungsverbände, Verbandsaufsicht
 - 1.164 Entschädigungen
 - 1.17 Wassersicherstellung

- 2 Technische Angelegenheiten
 - 2.1 Gewässeraufsicht
 - 2.2 Wasser- und Bodenverbände
 - 2.3 Gewässerbenutzung
 - 2.4 Gewässerschutz, Warndienste
 - 2.5 Wasserschutz- und Quellenschutzgebiete
 - 2.6 Wasserversorgung
 - 2.7 Abwasserbeseitigung
 - 2.8 Gewässerausbau, Deichbau
 - 2.9 Gewässer- und Deichunterhaltung
 - 2.10 Überschwemmungsgebiete, Anlagen in und an Gewässern
 - 2.11 Hochwasserschutz
 - 2.12 Gewässerkunde, Rahmenplanung
 - 2.13 Bodenverbesserung und Wirtschaftswegebau
 - 2.14 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der in der Verwaltung für Wasser- und Abfallwirtschaft tätigen technischen und naturwissenschaftlichen Dienstkräfte
 - 2.15 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft

- 2.16 Abfallwirtschaft
 - 2.161 Abfallbeseitigungsanlagen
 - 2.162 Einsammeln und Befördern
 - 2.163 Abfallbeseitigungsverbände
 - 2.164 Grundlagen der Abfallbeseitigungsplanung
 - 2.165 Ausschluß von der Abfallbeseitigungspflicht
 - 2.17 Wassersicherstellung (Notstandsplanung)
 - 3 Wahrung wasserwirtschaftlicher, landeskultureller, allgemeiner land- und forstwirtschaftlicher Belange im Bergbau
-

Anmerkungen zu 54:**Zu Nr. 1.2:**

Hierzu gehören auch Planfeststellung für Verbandsunternehmen und Genehmigung von Geschäften. Ferner die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen, die bei den Wasser- und Bodenverbänden und in Betrieben und Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung mit einem Versorgungsgebiet, das über die Grenzen eines Regierungsbezirks hinausgeht, tätig sind.

Zu Nr. 1.3:

Hierzu gehören insbesondere Bewilligungen, Erlaubnisse sowie Feststellung, Beschränkung und Aufhebung alter Rechte, Gemein- und Anliegergebrauch.

Zu Nr. 1.5:

Hierzu gehören Festsetzung, vorläufige Anordnung und Ausnahmegenehmigungen.

Zu Nr. 1.9:

Hierzu gehören Fragen der Trägerschaft, der Unterhaltspflicht und der Umlage des Unterhaltungsaufwandes.

Zu Nr. 1.161 und 1.162:

Hierzu gehören ordnungsbehördliche Anordnungen, Planfeststellung, Genehmigung von Abfallbeseitigungsanlagen – soweit nicht Dezernat 23 zuständig ist – Verlängerung von Veränderungssperren sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.

Zu Nr. 1.163:

Soweit nicht Dezernat 31 zuständig ist.

Zu Nr. 2:

Hierzu gehören auch Finanzierungshilfen und die Wahrung wasser- und abfallwirtschaftlicher Belange bei Maßnahmen anderer Behörden.

Zu Nr. 2.2:

Hierzu gehören Verbandspläne, Aufsicht über das Unternehmen.

Zu Nr. 2.11:

Hierzu gehören deichaufsichtliche Genehmigungen und Hochwassermeldeordnungen.

Zu Nr. 2.15:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 54 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Zu Nr. 2.161 bis 2.163:

Hierzu gehören fachliche Beurteilungen, Aufsicht über Unternehmen der Abfallbeseitigungsverbände, Genehmigung von Verbandsplänen, Genehmigung für Einsammeln, Befördern und Einfuhr, Zulassung von Ausnahmen.

Dezernat 55 – Vertriebenenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltssicherung, Kriegsgefangenenentschädigung

- 1 Aussiedler, Vertriebene, Flüchtlinge, Evakuierte und Zuwanderer
 - 1.1 Anerkennung der Vertriebenen-, Flüchtlings- oder Evakuierteneigenschaft

Nur Köln:
Anerkennung der Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben
 - 1.2 Beendigung der Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen
 - 1.3 Wirtschaftliche und berufliche Eingliederung
 - 1.4 Härtebeihilfen, Hilfen für Einrichtung
 - 1.5 Soziale Betreuung; Garantiefonds
 - 1.6 Kulturelle Betreuung
 - 1.7 Umsiedlung (Übernahme und Umeinweisung)
 - 1.8 Aufnahme, Wohnraumversorgung; Wirtschaftlichkeitsberechnung und Aufwenderstattung für Übergangsheime
 - 1.9 Zuzugsbescheinigungen
 - 1.10 Anerkennung der Eigenschaft als politischer Häftling

Nur Köln:
Anerkennung der Eigenschaft als politischer Häftling für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben, sowie die Gewährung von Eingliederungshilfen und Ausgleichsleistungen
 - 1.11 Angelegenheit der Vertriebenen- und Flüchtlingsbeiräte
 - 1.12 Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung der nichtdeutschen Flüchtlinge einschließlich heimatloser Ausländer

Nur Münster:
Lettisches Gymnasium und Internat
- 2 Wohlfahrtspflege
 - 2.1 Sozialhilfe
 - 2.2 Kriegsopferfürsorge
 - 2.3 Aufgaben nach dem Heimgesetz
 - 2.4 Jugendwohlfahrt
 - 2.5 Landeshilfe für hochgradig Sehschwache
 - 2.6 Kriegsfolgenhilfe, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
 - 2.7 Zuwendungen für soziale Zwecke
 - 2.8 Sonstige Angelegenheiten der Wohlfahrtspflege, Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht
 - 2.9 Soziale Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer
 - 2.10 Besucherreiseverkehr
- 3 Überwachung der Ableistung des Berufspraktikums der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, Anerkennung der Ausbildungsstellen für das Berufspraktikum, staatl. Anerkennung der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Familienpfleger
- 4 Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige und Zivildienstpflichtige, Dienstleistende im Bundesgrenzschutz und deren Angehörige
- 5 Tuberkulosehilfe für die Bediensteten und Versorgungsempfänger des Landes und ihre Familienangehörigen

Nur Köln:
für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln

Nur Münster:
für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster

6 Angelegenheiten der Kriegsgefangenenentschädigung und sonstige Förderungsmaßnahmen**Nur Köln:**

Kriegsgefangenenentschädigung für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben

7 Beschwerden nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (Beschwerdeausschüsse)

Anmerkung zu 55:**Zu Nr. 2.7:**

Hierzu gehören Zuwendungen an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, für Erholungsmaßnahmen für alte Menschen, zur sozialen Rehabilitation von Obdachlosen, Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen der in Werkstätten tätigen Behinderten.

Nur Köln:

Dezernat 56 – Wiedergutmachung

- 1 Haushaltsangelegenheiten
- 2 Schäden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit
- 3 Schäden an Eigentum und Vermögen sowie durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten
- 4 Schäden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen
- 5 Soforthilfe für Rückwanderer
- 6 Landesrechtliche Betreuungsmaßnahmen
- 7 Ansprüche der besonderen Verfolgtengruppen und überörtlicher Organisationen

Nur Münster:

Dezernat 57 – Lastenausgleich

- 1 Lastenausgleich
 - 1.1 Haushaltsangelegenheiten, insbesondere Mittelbewirtschaftung, Verwaltungskostenanteile und Forderungen des Ausgleichsfonds
 - 1.2 Schadensfeststellung nach dem Feststellungsgesetz, Hauptentschädigung nach dem LAG
 - 1.3 Kriegsschadenrente
 - 1.4 Hausratentschädigung
 - 1.5 Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener, Altsparementschädigung
 - 1.6 Wohnraumhilfe
 - 1.7 Eingliederungsdarlehen
 - 1.8 Härtefonds
 - 1.9 Ausbildungshilfe
 - 1.10 Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen mit Mitteln des Ausgleichsfonds
 - 1.11 Beihilfen an Vertriebene im Ausland
 - 1.12 Einrichtungshilfe, Beihilfe zum Lebensunterhalt und Eingliederungsdarlehen nach dem Flüchtlingshilfegesetz
 - 1.13 Feststellung und Beweissicherung über Schäden von Flüchtlingen aus der DDR
- 2 Beschwerden im Rahmen der Kriegsfolgen gesetzgebung
- 3 Härtere gelung nach dem Allgemeinen Kriegsfolgen gesetz
- 4 Leistungen an Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungs geschädigte

Dezernat 61 – Geschäftsstelle und Erarbeitungsverfahren

- 1 Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates
- 2 Planungsrechtliche Fragen
- 3 Regionale Entwicklungsplanung
 - 3.1 Vorbereitung der Plankonzeption des GEP
 - 3.2 Durchführung des Erarbeitungsverfahrens
 - 3.3 Abstimmung grenzüberschreitender Planungen
- 4 Durchsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung
 - 4.1 Bekanntgabe der Ziele
 - 4.2 Anpassung der Bauleitpläne
 - 4.3 Sonstige Verfahren zur Zielsicherung
- 5 Mitwirkung bei strukturwirksamen Förderungsmaßnahmen
- 6 Kartographie, Raumordnungskataster und technische Einrichtungen

Dezernat 62 – Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur

- 1 Planungsgrundlagen
 - 1.1 Raumforschung
 - 1.2 Regionalstatistik und -prognosen
 - 1.3 Infrastrukturkataster und -bilanzierung
 - 2 Raumbeobachtung
 - 3 Raumwirksame Investitionen
 - 3.1 Analyse der strukturwirksamen Mittel
 - 3.2 Mitwirkung bei raumordnungspolitischen Maßnahmen
 - 4 Wirtschaftsbeobachtung
-

Anmerkung zu 62:

1. Aufgaben im Rahmen der Aufstellung der Gebietsentwicklungspläne
 - a) Bestandsaufnahme und Analyse
 - b) Prognose und Planung
 - c) Festlegung räumlicher, sachlicher und zeitlicher Abhängigkeiten
 - d) Darstellung im Gebietsentwicklungsplan
2. Plankontrolle
3. Mitwirkung bei Erarbeitung und Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms und der Landesentwicklungspläne (Beratung der Landesplanungsbehörde)
4. Mitwirkung bei Planungsmaßnahmen anderer Fachbehörden, Fachdezernate und sonstiger Planungsträger

Dezernat 63 – Siedlungsstruktur

- 1 Siedlungsbereiche
 - 1.1 Wohnsiedlungsbereiche/Siedlungsschwerpunkte
 - 1.2 Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche
 - 1.3 Bereiche für standortgebundene Anlagen
 - 2 Besondere öffentliche Einrichtungen
 - 3 Energieversorgungsanlagen (ohne Versorgungsleitungen)
 - 3.1 Konventionelle Kraftwerke
 - 3.2 Kernkraftwerke
 - 4 Gebiete für flächenintensive Großvorhaben
 - 5 Bereiche für besondere öffentliche Zwecke
 - 6 Sondergebiete für Einkaufszentren und Verbrauchermärkte
-

Anmerkung zu 63:

1. Aufgaben im Rahmen der Aufstellung der Gebietsentwicklungspläne
 - a) Bestandsaufnahme und Analyse
 - b) Prognose und Planung
 - c) Festlegung räumlicher, sachlicher und zeitlicher Abhängigkeiten
 - d) Darstellung im Gebietsentwicklungsplan
2. Plankontrolle
3. Mitwirkung bei Erarbeitung und Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms und der Landesentwicklungspläne (Beratung der Landesplanungsbehörde)
4. Mitwirkung bei Planungsmaßnahmen anderer Fachbehörden, Fachdezernate und sonstiger Planungsträger

Dezernat 64 – Naturraum

- 1 Gebiete für Land- und Forstwirtschaft
 - 2 Gebiete für Wasserwirtschaft
 - 2.1 Wassergewinnung einschl. Wasservorratsräume
 - 2.2 Abwasserbeseitigung
 - 2.3 Vorflutregelung, Hochwasserschutz
 - 3 Standorte für Abfallbeseitigungsanlagen
 - 3.1 Deponien
 - 3.2 Verbrennungsanlagen
 - 4 Landschafts- und Erholungsräume
 - 4.1 Bereiche für den Schutz der Landschaft
 - 4.2 Bereiche für besondere Pflege und Entwicklung der Landschaft
 - 4.3 Erholungsbereiche
 - 4.4 Freizeit- und Erholungsschwerpunkte
 - 5 Bereiche für die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen (ohne Braunkohle)
 - 6 Bereiche für Aufschüttungen
 - 7 Sonstige Belange des Umweltschutzes und der Ökologie
-

Anmerkung zu 64:

1. Aufgaben im Rahmen der Aufstellung der Gebietsentwicklungspläne
 - a) Bestandsaufnahme und Analyse
 - b) Prognose und Planung
 - c) Festlegung räumlicher, sachlicher und zeitlicher Abhängigkeiten
 - d) Darstellung im Gebietsentwicklungsplan
2. Plankontrolle
3. Mitwirkung bei Erarbeitung und Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms und der Landesentwicklungspläne (Beratung der Landesplanungsbehörde)
4. Mitwirkung bei Planungsmaßnahmen anderer Fachbehörden, Fachdezernate und sonstiger Planungsträger

Dezernat 65 – Bandinfrastruktur

- 1 Verkehrsnetz
 - 1.1 Schienenwege
 - 1.2 Straßen
 - 1.3 Flugplätze
 - 1.4 Wasserstraßen
 - 1.5 Öffentlicher Personenverkehr
 - 2 Leitungsbänder
 - 2.1 Elektrizitätsfernleitungen einschl. Umspannwerke
 - 2.2 Rohrleitungen
 - 3 Luftraumbeschränkungen
 - 3.1 Flugschneisen
 - 3.2 Richtfunkstrecken
 - 4 Bandinfrastruktur-Kataster
-

Anmerkung zu 65:

1. Aufgaben im Rahmen der Aufstellung der Gebietsentwicklungspläne
 - a) Bestandsaufnahme und Analyse
 - b) Prognose und Planung
 - c) Festlegung räumlicher, sachlicher und zeitlicher Abhängigkeiten
 - d) Darstellung im Gebietsentwicklungsplan
2. Plankontrolle
3. Mitwirkung bei Erarbeitung und Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms und der Landesentwicklungspläne (Beratung der Landesplanungsbehörde)
4. Mitwirkung bei Planungsmaßnahmen anderer Fachbehörden, Fachdezernate und sonstiger Planungsträger

Nur Köln:**Dezernat 66 – Braunkohle**

- 1 Geschäftsstelle des Braunkohlenausschusses
- 2 Planungsdisposition und geologische Grundlagen
- 3 Mitwirkung an sonstigen Verfahren, die die Gesamtplanung berühren
- 4 Planverfahren
- 5 Wiedernutzbarmachung von Bergbauflächen (Flächenbilanzierung)

– MBl. NW. 1976 S. 1406.

Hinweise

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 35 v. 15. 7. 1976

(Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM zuzügl. Portokosten)

Glied- Nr.	Datum		Seite
223	22. 6. 1976	Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Schulpflichtgesetz zuständigen Verwaltungsbehörden	242
237	29. 6. 1976	Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten nach dem Reichsheimstättengesetz und der Verordnung zur Ausführung des Reichsheimstättengesetzes	242
314 223	21. 6. 1976	Verordnung über die Errichtung der Fachhochschule für Rechtspflege.	242
7111	29. 6. 1976	Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes	243
7129	18. 6. 1976	Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für die Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	243
	25. 6. 1976	Nachtrag zu der vom Regierungspräsidenten in Arnberg dem Kreis Siegen erteilten Genehmigung vom 18. Juli 1907 – A III E 2289 – und den hierzu ergangenen Nachträgen zum Bau und Betrieb einer dem öffentlichen Güterverkehr dienenden Eisenbahn von Weidenau/Ausweiche an der kath. Kirche bis Buschhütten mit Anschluß an den Bundesbahn-Bahnhof Geisweid	244

– MBl. NW. 1976 S. 1455.

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 14 v. 15. 7. 1976

(Einzelpreis dieser Nummer 1,50 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		Rechtsprechung	
Unterrichtung der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik über die Festnahme von Deutschen aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)	157	Strafrecht	
Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi); hier: Änderungen und Ergänzungen des bundeseinheitlichen Teils	158	1. StPO § 137 I Satz 2, § 345. – Hat ein Betroffener mehr als drei Rechtsanwälten (hier: einer Sozietät) Verteidigervollmacht erteilt, so ist zwar nicht der von diesen gestellte Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§§ 79, 80 OWiG) als unwirksam anzusehen, doch ist die an die Verteidiger bewirkte Zustellung des angefochtenen Urteils mit der Folge unwirksam, daß die gesetzliche Frist für den Beginn der Begründungsfrist nicht in Lauf gesetzt wird.	167
Bekanntmachungen	162	2. StPO § 335. – Legt der Angeklagte (hier: durch seinen Verteidiger) gegen ein amtsgerichtliches Urteil das „zulässige Rechtsmittel“ ein und behält er sich dabei die Entscheidung vor, das Rechtsmittel als Berufung oder Revision durchzuführen, so ist die Anfechtung auch dann als Berufung zu behandeln, wenn schon in der Einlegungsschrift „Verletzung formellen und materiellen Rechts“ gerügt worden war, der Angeklagte aber von seinem Wahlrecht innerhalb der Begründungsfrist keinen Gebrauch gemacht hat.	168
Personalnachrichten	163	OLG Hamm vom 26. März 1976 – 2 Ss OWi 319/76	167
Gesetzgebungsübersicht	165	OLG Hamm vom 14. Mai 1976 – 5 Ss 300/76	168
		Berichtigung des im JMBL. NW Nr. 12 vom 15. Juni 1976 S. 141 veröffentlichten Leitsatzes	168

– MBl. NW. 1976 S. 1455.

**Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums
und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Nr. 7 v. 15. 7. 1976

(Einzelpreis dieser Nummer 5,- DM zuzügl. Portokosten)

A. Amtlicher Teil		II Minister für Wissenschaft und Forschung	
I Kultusminister		Personalnachrichten	357
Personalnachrichten	354	Diplom-Prüfungsordnung für die Fachrichtung Geophysik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 17. 5. 1976	359
Maßnahmen zum Schuljahresbeginn 1976/77. RdErl. d. Kultusministers v. 21. 6. 1976	354	Prüfungsordnung für die Fachrichtung Maschinenwesen in Fachhochschulstudiengängen und entsprechenden Studiengängen an Gesamthochschulen. RdErl. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 17. 5. 1976	363
Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) in der Schulverwaltung; hier: Einführung der Unterrichtsverteilungsdatei (UVD) im Bereich der Sonderschulen. RdErl. d. Kultusministers v. 10. 6. 1976	355	Juristische Promotionsordnung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn; hier: Ergänzung. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 18. 6. 1976.	370
Verwendung neutraler Schulstempel bei Anträgen für Schülerfahrtausweise und Erteilung von Leistungsnachweisen im Sport durch die Sonderschulen für Erziehungshilfe, Lernbehinderte und Geistigbehinderte; hier: Bezeichnung der Schule. RdErl. d. Kultusministers v. 20. 5. 1976	355	Änderung der Vorläufigen Einschreibungsatzungen für die Fachhochschulen Dortmund, Hagen und Niederrhein; hier: Berichtigung. Erl. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 25. 2. 1976	370
Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II; hier: Aufnahme des Faches Hebräisch in das Unterrichtsangebot der neugestalteten gymnasialen Oberstufe. RdErl. d. Kultusministers v. 24. 5. 1976	355		
Stundentafeln für die Sekundarstufe I; hier: Lernbereich Gesellschaftslehre im Gymnasium. RdErl. d. Kultusministers v. 18. 6. 1976	355	B. Nichtamtlicher Teil	
Rahmenstundentafel für Berufsschulen. RdErl. d. Kultusministers v. 10. 6. 1976.	356	Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Kultusministers	370
Konferenzordnung für Bezirksseminare (SKO); hier: Änderung. RdErl. d. Kultusministers v. 7. 6. 1976	356	Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes des Landes Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 11. Juni bis 30. Juni 1976	371
Errichtung von Staatlichen Prüfungsämtern für Erste Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen. RdErl. d. Kultusministers v. 7. 6. 1976.	356	Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 8. Juni bis 29. Juni 1976	374
Anerkennung von Abschluszeugnissen der Realschule, die vom Colegio Humboldt in Caracas/Venezuela erteilt werden. RdErl. d. Kultusministers v. 31. 5. 1976	357		
Landespersonalvertretungsgesetz; hier: Anschrift der Einigungsstelle gemäß § 67 LPVG für den Geschäftsbereich des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen. Bek. d. Kultusministers v. 24. 5. 1976.	357	C. Anzeigenteil	
		Kostenpflichtige Stellen- und Werbeanzeigen	376

– MBL NW. 1976 S. 1456.

Einzelpreis dieser Nummer 9,- DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf, Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.